

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Druckerei
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 261.

Freitag, 8. November 1912, abends.

65. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung aus Schaller der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnementen werden angenommen. Abzugeben für die Nummer des Ausgabebeleges bis vor Mittag 9 Uhr ohne Gewähr. Preis für die Belegzahlungen 43 mm breite Korpusseite 18 Pfg. (Zusatzpreis 12 Pfg.) Zeitraube und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif.

Redaktionsdruck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 20. — Für die Redaktion verantwortlich: Alfred Hämel in Riesa.

Da erfahrungsgemäß bei einer Kälte von mehr als 2 Grad Reaumur auf eine Verbindung von Mörtele- und Mauersteinen mit Bestimmtheit nicht zu rechnen ist, so wird hiermit angeordnet, daß alles Mauern dann einzustellen ist, wenn an dem Bauplatz die Lufttemperatur auf mehr als 2 Grad Reaumur unter den Nullpunkt herabsinkt, während das Abputzen aller Wand- und Mauerflächen mit Kaltmortel im Freien bereits bei einer Temperatur von 0 Grad Reaumur zu unterlassen ist.

Uebertretungen dieses Verbots werden an dem Bauherrn und dem Bauausführenden bez. Bauleiter mit Geldstrafen bis zu 100 Mark geahndet werden, überdies bleibt die Forderung der Wiederabtragung des etwa verbotswidrig ausgeführten Mauerwerks vorbehalten.

Die Ortspolizeibehörden wollen die Durchführung des Vorstehenden überwachen, etwaige Zuwiderhandlungen aber unverzüglich anzuzeigen.

Großenhain, am 7. November 1912.
2042 a. C. Königl. Amtshauptmannschaft.

Volksschule Gröba.

Die von der Gemeinde Gröba gegründete Volksschule wird erstmalig Dienstag, den 12. November 1912, von 6—7 Uhr abends und künftig jeden Dienstag zu derselben Zeit geöffnet sein. Sie befindet sich in der Schule am Georgsplatz im Zimmer Nr. 18 und umfaßt zur Zeit über 300 Bände.
Gröba, am 6. November 1912.

Der Gemeindevorstand.

Die ähnlichen Lösch- und Wachmannschaften der Pflichtfeuerwehr zu Gröba haben sich am

Sonntag, den 10. November 1912, vormittags 1/11 Uhr auf dem Nebungsplatz am Feuerwehrgeräte-Schuppen in der Strehlitz Straße zu einer Übung eingefunden.

Die Anwesenden sind anzulegen. Das Fernbleiben von der Übung ohne genügende Entschuldigung wird bestraft. Die Bestimmungen in §§ 17 und 20 der Feuerlösch-Ordnung sind besonders zu beachten.
Gröba, am 8. November 1912. Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde Weida soll für 1. Januar 1913 ein Ortsfeuerwehreinnehmer angestellt werden. Geeignete Bewerber wollen Gesuche mit Gehaltsansprüchen bis 20. November l. J. schriftlich an Herrn Gem.-Vorstand W. Böhm, woselbst die Bedingungen einzusehen sind, einreichen.

Weida, am 4. November 1912.

Der Gemeinderat.

Freibank Riesa.

Morgen Sonntag, den 9. November ds. Js., von vorm. 1/9 Uhr an gelangt auf der Freibank rohes und gekochtes Rind- und Schweinefleisch zum Preise von 60 und 50 Pfg. pro 1/2 kg zum Verkauf.
Riesa, am 8. November 1912.

Die Direktion des Königl. Schlachthofes.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 8. November 1912.

Der Konservativen Verein für Riesa und Umgegend nahm gestern abend mit einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung in der „Blücherstraße“ seine Winterarbeit auf. Unter den Besuchern waren besonders die hiesigen Lehrer zahlreich vertreten, die außerdem noch durch rednerische Beiträge aus der Dresdner Kollegen-Schaft verstärkt wurden. Man hatte in diesen Kreisen damit gerechnet, daß die wichtige Frage der Volksschulgesetzreform in der Versammlung einen breiten Raum beanspruchen werde, und in dieser Erwartung haben sie sich denn auch nicht getäuscht. Während die Volksschulgesetzreform schon einen Hauptgegenstand des Referates, so beherrschte sie dann die Debatte ausschließlich. Die Leitung der Versammlung ließ in toleranter Weise auch die Gegner des von den Konservativen unterzeichneten Regierungsentwurfes ungehindert zu Worte kommen, wodurch sich zwar die Versammlung bis 1/2 11 Uhr hingog, ihr andererseits aber auch ein sehr anregender Verlauf gewährleistet wurde. Der Konservative Verein hat damit auch gezeigt, daß es ihm ernst ist mit der nationalen Sammlung und daß seine Versammlungen eines recht zahlreichen Besuches wert sind. Als Referent war Herr Landtagsabgeordneter Dr. Mangler, Freiberg, gewonnen worden, der über „Die politische Lage und die Landtagsaufgaben“ sprach. Redner begann mit einer Besprechung der Parteiverhältnisse, hierbei darauf hinweisend, daß nicht die Stellungnahme zu politischen Einzeldingen, wie Beamten-, Mittelstands- und Zollfragen, sondern die Stellungnahme zu den Weltanschauungen den Wert der Parteien erkennen lasse. Die Großbildungsfrage habe eine Stärkung der Sozialdemokratie herbeigeführt, die auch noch zuzunehmen werde. Es sei zu fragen: Wie stehe ich zur Monarchie, zur Kirche, zu unseren wirtschaftlichen Verhältnissen? Hier zeige sich die Scheidung der Welt. Redner besprach jede Frage näher und legte die Grundzüge der verschiedenen Parteien dar. Zur Volksschulgesetzreform übergehend erklärte er, daß die Regierung wolle, daß das Volksschulgesetz im allgemeinen sich auf den Grundgedanken aufbaue wie bisher. Redner begründet den konservativen Standpunkt für die Volksschule der konfessionellen Schule. Die Nationalliberalen seien lediglich aus taktischen Gründen für deren Beibehaltung. Die Liberalen und Sozialdemokraten wollten ferner unter allen Umständen Schulgeldfreiheit, während der Regierungsentwurf es den Gemeinden freistelle, ob sie Schulgeld erheben wollten oder nicht. Die Ueberwachung des Religionsunterrichts durch die Kirche beruhe auf dem Kirchenrecht und daran könne auch der Staat nicht rütteln. Redner legte sodann auch die Gründe dar, aus denen die Konservativen an der Ablegung des konfessionellen Schulgesetzes der Lehrer festhalten bzw. verteidigen diese Forderung des Regierungsentwurfes. Ferner trat er für die weitestgehende Volksschule ein und sprach sich gegen die allgemeine Schule und den diesbezüglichen Deputationsbeschluss aus. Auf dem jetzt von den liberalen Parteien beschrittenen Wege, sei in der Volksschulgesetzreform

zu keinem gedeihlichen Ende zu kommen. In 10 bis 12 Punkten müsse eine ganz entschiedene Revision der Deputationsbeschlüsse stattfinden. Ein Fortschritt sei der Regierungsentwurf ohne Zweifel. Bei Einführung der Regierungsvorlage mache sich eine Aufwendung von 10 Millionen Mark notwendig. Auch die Herabsetzung der Klassenrollen sei ein Fortschritt. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz nicht scheitern, sondern in der Fassung der Regierungsvorlage Annahme finden werde. Zum Schluß machte er noch einige Ausführungen über den Stand und die Aussichten des Bezirksverbandes, sowie der Kirchen- und Gemeindefeuergezeuge und des Seminargesetzes, die ebenso wie die Volksschulreform in den nächsten Tagen beginnenden Nachsession des Landtags ihre Erzielung finden sollen. Er meinte, daß die Resultate der damit zu Ende gehenden Landtagsession 1911/12 wohl recht mager sein würden. Für die Konservativen sei bei ihren Entscheidungen maßgebend, daß unser Staatsleben aufrecht erhalten bleibe und nicht Schwankungen unterworfen werde. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Als erster Debattierender kam Herr Lehrer Janik-Dresden zu Worte, der ausführte, daß die Lehrerschaft es gern gesehen hätte, wenn die Regierung in ihrem Entwurf überall das Bildungsprinzip über das Religionsprinzip gestellt hätte, ferner darlegte, daß aus Gründen, die vom Rinde kommen und zum Staate gehen, von der Lehrerschaft gefordert werde, daß die Volksschule alle Glieder des Staatsganges umfasse. Er suchte ferner darzulegen, daß die konfessionellen Scheidungen nicht spezifisch christlich seien und daß auch vom Standpunkt der Ausgleichung soziale Gegenstände und in wirtschaftlicher Hinsicht die konfessionelle Scheidung nicht wünschenswert sei. Hinsichtlich der geistlichen Ueberwachung des Religionsunterrichts vertrat Redner die Ansicht, daß der Staat das Recht habe, das Religionsgesetz zu ändern. Unter Anführung von Hornow wandte er sich sodann gegen das Beharren auf dogmatischen Grundgedanken, vertrat die Forderung der Lehrerschaft auf Aufhebung des Befehlswanges der Lehrerschaft und trat für die allgemeine Volksschule ein. Ihm traten Herr Amtsgerichtsrat Dr. Jauch und der Herr Vortragende entgegen. Ersterer führte u. a. aus, daß die Konservativen schwerwiegende Gründe gehabt hätten, als sie den Kampf gegen die Lehrerforderungen aufnahmen. Für die große Masse sei konfessionell gleichbedeutend mit religionslos. Herr Lehrer Wegner, Dresden, behandelte eingehend nochmals die Forderung der allgemeinen Volksschule und die religiöse Frage. Herr Lehrer Krebs, Dresden, suchte nachzuweisen, daß in den Anträgen der konservativen Deputationsminderheit wenig Lehrerfreundlichkeit zum Ausdruck komme. Herr Pfarrer Friedrich hat die Lehrerschaft um mehr Vertrauen zur Landeskirche und Geistlichkeit. So, wie die Lehrerschaft sich anmalte, verlange das Gesetz den Religionsunterricht gänzlich. Der konservative Generalsekretär Herr Kurt Friedrich-Dresden und der Herr Referent nahmen nochmals den konservativen Standpunkt gegenüber den Lehrerforderungen in Schutz und wiesen darauf hin, daß die Konservativen in verschiedenen Fragen schon ihre Lehrerfreundlichkeit gezeigt hätten. Mit einem

Hoch auf Se. Majestät den König Friedrich August wurde die Verammlung sodann geschlossen.

—* Jhr 18. Stiftungsfest feierte gestern abend die hiesige Gesellschaft „Fidelitas“ im Hotel zum Stern. Ueberaus zahlreich waren Mitglieder und Gäste der an sie ergangenen Einladung gefolgt. Die 32 er Kapelle wartete mit einem feinsinnig zusammengestellten Konzertprogramm unter der sicheren Leitung des Herrn Musikmeisters Sonnenberg auf. Angenehme Abwechslung boten einige mit gutem Willigen vorgeführte Marmorgruppen. Für Erhellung sorgte der stotternde Einakter „Das Pulverfaß“. Anhaltender Beifall lohnte nach Schluß des Stückes die Mitwirkenden. Dann wurde Terpsichore in ausgiebigem Maße gebührt. Alles in allem waren es genussreiche Stunden, welche die Gesellschaft „Fidelitas“ ihren Gästen bot und diese, sowie nicht zuletzt der festgebende Verein selbst können mit Befriedigung auf den gutgelungenen Abend zurückblicken. Der behaglich durchwärmte Saal des „Stern“ tat noch ein übriges, um den Aufenthalt angenehm zu machen.

— Zum Versicherungsrecht für Angestellte hat das Direktorium des Vereins sächsischer Gemeindebeamten an die Gemeindebehörden des Königreichs Sachsen eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, allen von diesen Behörden beschäftigten Beamten und Angestellten, soweit dies nicht bereits geschehen sei, die Pensionberechtigung zu verleihen und in rechtsverbindlicher Form zu gewährleisten, ferner falls nach der Verleihung der Pensionberechtigung an die Beamten und Angestellten noch Beamte, Hilfsbeamte und Anwärter vorhanden sein sollten, die zur Angestelltenversicherung versicherungspflichtig bleiben, die auf diese Versicherungspflichtigen entfallenden Beiträge auf die Stadt-Gemeinde-Verbandskasse zu übernehmen, weiter diejenigen Beamten, die etwa nach den ortsgesetzlichen Bestimmungen zur Zahlung von Pensionen verpflichtet sind, künftig hiervon zu befreien und endlich den Beamten, soweit sie noch kündbar angestellt sind, die Unkündbarkeit zu verleihen.

—§§ Starke Beschränkungen hinsichtlich der künftigen Gestaltung des Exportes der Südküchle herrschen in kaufmännischen Kreisen seit Beginn des Balkankrieges insbesondere in Rücksicht auf die bevorstehende Weihnachtzeit. Die Beschränkungen sind in der Hauptsache unbegründet. Die erhaltenen hierüber folgende interessante Mitteilungen. Alle Großfirmen, die mit Mittelmeerfrüchten handeln, sind überzeugt, daß die besten Waren noch prompt geliefert werden und so zum Beispiel ein Mangel an Korinthen nicht eintreten wird. Diese Tatsache begründet sich in folgenden Umständen: Der Ankauf dieser Produkte von den Weinbauern erfolgt zum größten Teil durch große englische Gesellschaften. Die Waren werden schon ein halbes Jahr vor der Ernte bestellt und da die Bevölkerung der hier in Frage kommenden, vor allem griechischen Gegenden durchweg arm ist, so werden die Produkte vorher bezahlt. Nur dadurch ist eine prompte Lieferung und Beförderung noch ermöglicht, da jetzt die Früchte schon längst geerntet und zum größten Teil, auch bereits verladen sind. Ferner ist die Beförderung meist in Händen am Kriege unabhängiger